

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Mindestreservepflicht - Internationale Finanzmärkte - Innerdeutscher Handel - US-Handelspolitik - US-Konjunktur

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1985) : Kurz kommentiert: Mindestreservepflicht - Internationale Finanzmärkte - Innerdeutscher Handel - US-Handelspolitik - US-Konjunktur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 9, pp. 437-438

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136076>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mindestreservspflicht

Stabilisierungspolitische Probleme

Der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken fordert die Aufhebung, zumindest Aussetzung, der geltenden Mindestreservspflicht; dies würde die Attraktivität des Finanzplatzes Bundesrepublik steigern, ohne die geldpolitischen Steuerungsmöglichkeiten einzuschränken. Tatsächlich kann die Kontrolle der monetären Expansion auch ohne Zwangsreserve erfolgen, solange der Markt die perfekte Konvertibilität zwischen Bargeld und Buchgeld verlangt. Weiter würde ein Wegfall der Mindestreservvorschrift die Zinsspanne verringern. Davon würden sowohl Kreditnehmer als auch Anleger profitieren, wie die Euromärkte bereits zeigen.

Diese positiven Seiten des Vorschlags sollten jedoch nicht dazu verleiten, die stabilisierungspolitischen Probleme zu vernachlässigen, die eine derartig einschneidende Reform des Geldwesens mit sich bringen würde. Die Bundesbank müßte sich der schwierigen Aufgabe stellen, die expansiven Wirkungen der – abrupt und schrittweise denkbaren – Reduktion der Pflichtreservesätze durch kontraktive Maßnahmen der Offenmarktpolitik zu neutralisieren, um eine stetige und potentialorientierte Geldversorgung sicherzustellen.

Mag dieser Balanceakt der Zentralbank noch zugemutet werden: größere Probleme erwachsen aus der fiskalischen Bedeutung der Mindestreserve, denn aktuelles Zentralbankgeld wird gegen verzinsliche Titel ausgegeben, deren Erträge den Bundeshaushalt entlasten. Ein Teil der Nachfrage nach Zentralbankgeld wird durch die Zwangsreservvorschrift erst künstlich erzeugt; die auf diesen Teil entfallenden Zinsen sind Einnahmen des Staates wie andere Steuern. Eine stabilisierungspolitisch unbedenkliche Realisation des Reformvorschlages wäre folglich nur dann gewährleistet, wenn die Fiskalpolitik dem zusätzlichen Konsolidierungsdruck angemessen Rechnung tragen würde. Dies dürfte in Bonn keine Begeisterung für den Vorschlag auslösen. fr

Internationale Finanzmärkte

Neue Instrumente

An den internationalen Finanzmärkten häuft sich das Angebot neuer Instrumente. Vermögensbesitzer erhalten über Geldmarktfonds und den Erwerb von Einlagenzertifikaten nicht nur verbesserten Zugang zum Euro-

Geldmarkt; ihnen steht an den Kapitalmärkten auch eine Reihe neuer Wertpapierformen zur Verfügung. Da gibt es Anleihen ohne Zins-Coupon (Zerobonds), mit flexiblen Zinsen (Floating Rate Notes), mit unbegrenzter Laufzeit („ewige“ Floater), mit verkürzbarer Laufzeit (Puttable FRN's) oder Doppelwährungsanleihen. Dem Kreditnehmer werden am Euro-Kreditmarkt nicht nur Roll-Over-Kredite, sondern auch Stand-by-Kredite angeboten, die mit Emissionen kurzfristiger Wertpapiere verbunden werden (RUF's und NIF's). Daneben entstanden Options-, Zins-Swap- und verschiedene Future-Märkte. Aber wozu alle diese Neuerungen?

Die Innovationen müssen als Reaktion der Banken auf ein verändertes finanzielles Umfeld verstanden werden. Dieses ist geprägt durch hohe und stark schwankende Zinsen und Wechselkurse, durch zunehmende Risiken aufgrund dieser Schwankungen und anderer weltweiter Strukturveränderungen und durch eine zunehmende Internationalisierung der Banken und des Bankengeschäfts. Die Innovationen kommen einem berechtigten Interesse der Geldgeber und Kreditnehmer entgegen, steigende Belastungen zu reduzieren.

Allerdings bringen die Neuerungen auch währungspolitisch ernst zu nehmende Nebeneffekte mit sich. Die Zunahme des Vermittlungsgeschäfts der Banken zu Lasten ihres Kreditgeschäfts führt dazu, daß bankenaufsichtsrechtliche Normen unterlaufen und traditionelle Bankenrisiken auf Bankenkunden abgewälzt werden. Die Finanz-Innovationen sind somit für die Kunden keineswegs so günstig, wie es auf den ersten Blick scheint!

de

Innerdeutscher Handel

Veränderte Strategie

Im vergangenen Jahr nutzte die DDR ihre Chancen auf dem Markt der Bundesrepublik zu deutlichen Verkaufserfolgen, ohne die zusätzlichen Einnahmen für erweiterte Bezüge zu verwenden. Inzwischen hat sich die Situation gewandelt; die Lieferungen der Bundesrepublik haben mit einer Erhöhung um 17 % im ersten Halbjahr 1985 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum wieder Anschluß an das frühere Niveau gefunden, die Bezüge lagen nur knapp unter denen des Vorjahres.

Nicht nur diese Daten scheinen eine gute Ausgangsbasis für einen weiteren Aufschwung in den deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu signalisieren. So wurden erst kürzlich mit der Aufstockung des Swing sowie weiteren Vereinbarungen die Rahmenbedingungen

des innerdeutschen Handels verbessert. Hinzu kommt die ausgesprochen gute Stimmung westdeutscher Aussteller auf der diesjährigen Leipziger Herbstmesse. Wird also der deutsch-deutsche Handel erheblich an Schwung gewinnen?

Bei der Vielzahl freundlicher Signale muß daran erinnert werden, daß die zukünftige Entwicklung maßgeblich von der politischen Großwetterlage bestimmt wird. Und die ist alles andere als stabil. Zudem ist die Ausgangslage der DDR vor Beginn des neuen Fünfjahresplans 1986-1990 aufgrund der Handelsbilanzsituation und der Devisenliquidität erheblich günstiger als zu Beginn der 80er Jahre. Sie dürfte daher für ihre längerfristigen Vorhaben Partnerländer suchen, die wie Frankreich eine relativ unabhängige Außen- und Außenwirtschaftspolitik betreiben, wie Japan nicht der NATO angehören oder wie Österreich eine neutrale Position vertreten. Allerdings wird die DDR auch weiterhin unterhalb der Grenze ökonomisch-politischer Abhängigkeit die ökonomischen Vorteile des innerdeutschen Handels aufgrund seiner sonderstatusbedingten Präferenzen extensiv nutzen wollen. pl

US-Handelspolitik

Ungewohnte Töne

In einer aufsehenerregenden Entscheidung hat der amerikanische Präsident das Schutzbegehren der einheimischen Schuhindustrie zurückgewiesen. Zur Begründung wird angeführt, es sei sinnlos, den Schrumpfungsprozeß der Branche aufzuhalten; sie werde niemals gegen die Einfuhren konkurrieren können. Solche Töne sind ungewohnt, nicht nur in den USA. Signalisieren sie eine Wende in der amerikanischen Handelspolitik?

Die Handelspolitik der Regierung Reagan zeichnet sich, soweit die Schuhindustrie betroffen ist, durch eine bemerkenswerte Kontinuität aus. So wurde unter Reagan bereits 1981 die Verlängerung der 1977 unter Carter mit Taiwan und Korea ausgehandelten Selbstbeschränkungsabkommen verweigert. Produktion und Beschäftigung der Branche sind seither stetig zurückgegangen, während die Importe sprunghaft anstiegen; ihr Marktanteil erhöhte sich von 50 auf 75 %. Gleichzeitig hat sich die Schuhindustrie unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz modernisiert und diversifiziert; die Anpassung des Sektors ist in dieser Zeit erheblich schneller vorangekommen als in der vorhergegangenen Schutzperiode, in der der Staat auch direkt umfangreiche Anpassungshilfen gewährt hatte.

Aber die Schuhindustrie ist eine unbedeutende Branche, die nur relativ geringen Einfluß in Washington geltend machen kann. Ähnliche Argumente, wie sie die Regierung gegen den Schuh-Protektionismus vorgebracht hat, gelten beispielsweise auch für die Stahlindustrie, doch die mächtige Stahl-Lobby war seinerzeit stärker. Die neuerliche Entschlossenheit des Präsidenten, dem Protektionismus beherzt entgegenzutreten, wird spätestens mit der demnächst zu erwartenden Verabschiedung eines restriktiven Textil-Gesetzes durch den Kongreß auf eine ernste Probe gestellt. Wird er auch dann sein Veto einlegen? ko

US-Konjunktur

Labile Lage

Der Markt für Konjunkturprognosen kam in den USA wieder verstärkt in Bewegung, als die weitere Abflachung des Produktionsanstiegs im ersten Halbjahr deutlich wurde. Das reale Bruttosozialprodukt nahm nur noch mit einer aufs Jahr hochgerechneten Rate von 1 % zu, nach 3 % im zweiten Halbjahr 1984 und fast 9 % im Halbjahr zuvor. Zu den Optimisten zählt naturgemäß weiterhin die amerikanische Regierung, die ab 1986 wieder Wachstumsraten von 4 % unterstellt. Auf der anderen Seite mehren sich die Stimmen derer, für die die nächste Rezession bereits auf dem Wege ist.

Das Konjunkturbild ist in der Tat weniger eindeutig, als die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehende Produktionsabflachung vermuten läßt. Die inländische Endnachfrage erhöhte sich nämlich auch im ersten Halbjahr beträchtlich: Der private Verbrauch nahm mit einer Jahresrate von 5 % zu, noch etwas stärker erhöhten sich die gewerblichen Investitionen. Die Verlangsamung des Produktionsanstiegs war in erheblichem Maße durch die Verringerung des Lageraufbaus bedingt, zum anderen aber auch durch den weiteren Anstieg der Importe sowie die Schrumpfung insbesondere der Agrarexporte.

Mit der Rückbildung der Dollarkurse beginnt sich jetzt zwar die jahrelange Verschlechterung der Wettbewerbsposition amerikanischer Anbieter umzukehren. Aber zugleich scheint die Expansion der Inlandsnachfrage nachzulassen. Insbesondere zeugen die verhaltenen Investitionsplanungen von einer sich mindernden Dynamik. Offensichtlich wird die Last der Versäumnisse bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen drückender, bleiben doch die Realzinssätze hoch, und dies bei einer riskant expansiven Geldpolitik. Auch wenn wenig für die Prognose einer nahen Rezession spricht – ein neuer Aufschwung ist ebensowenig in Sicht. ku